

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 19.06.2026 12:58
Aktenzahl: PGL-878376-2026-KVP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 1.71

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales
und Digitales
Vizebürgermeisterin
Barbara Novak, MA

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Harald Zierfuß (ÖVP), Sabine Keri (ÖVP) und Hannes Taborsky (ÖVP) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales Vizebürgermeisterin Barbara Novak, MA zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Generaldebatte) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Neustart am Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist zunehmend ein Wiener Problem. Während die Arbeitslosenquote in der Bundeshauptstadt im Jahr 2025 bei 11,9 Prozent lag, betrug sie in den übrigen acht Bundesländern zusammengerechnet nur 6 Prozent. Rechnet man Arbeitslose und Schulungsteilnehmer zusammen, waren in Wien 161.166 Menschen betroffen. Höher war dieser Wert zuletzt nur im Krisenjahr 2020. Besonders deutlich wird die Entwicklung im Langzeitvergleich: Entfielen 1970 noch rund 15 Prozent aller Arbeitslosen in Österreich auf Wien, waren es im Jahr 2000 bereits 30 Prozent. Heute stammen rund vier von zehn österreichweit registrierten Arbeitslosen aus der Bundeshauptstadt.

Unabhängig von der Konjunktur hat sich in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten die Schere zwischen Wien und dem Rest Österreichs weiter geöffnet. Auch die WIFO Prognose für 2026 lässt mit einer erwarteten Arbeitslosenquote von 11,8 Prozent für Wien keine Entspannung erkennen. Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung bei nicht österreichischen Staatsbürgern: 2025 wurden wie schon 2024 in Wien mehr ausländische Arbeitslose gezählt als inländische, konkret 65.495 gegenüber 60.030 Personen. Damit lebt mehr als die Hälfte aller ausländischen Arbeitslosen in Österreich in der Bundeshauptstadt.

Die Reaktionen der Wiener Stadtregierung auf diese dramatische Entwicklung sind seit Jahren dieselben: Man verweist auf die Zuständigkeit des Bundes und verweist auf die Schaffung zusätzlicher arbeitsmarktpolitischer Einrichtungen. Im aktuellen Regierungsprogramm finden sich jedoch lediglich Neuauflagen längst bekannter Maßnahmen – eine Trendwende wurde damit nicht erzielt. Im Gegenteil: Mit dem zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Anstieg des Wohnbauförderungsbeitrags wurden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch Unternehmen zusätzlich belastet. Diese Maßnahme verteuerte Arbeit, schwächte die Wettbewerbsfähigkeit und setzte gerade in einer wirtschaftlich angespannten Phase negative Signale für den Standort Wien.

Ein „Weiter wie bisher“ kann sich Wien ebenso wenig leisten wie Österreich. Angesichts des gleichzeitig rekordhohen Budgetdefizits braucht die Bundeshauptstadt endlich einen Neustart in der Arbeitsmarktpolitik – einen, der Arbeitslosigkeit wirksam reduziert, den Wirtschaftsstandort stärkt und die städtischen Finanzen nachhaltig stabilisiert.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat spricht sich für einen Neustart in der Wiener Arbeitsmarktpolitik aus und fordert die zuständigen amtsführenden Stadträtinnen und Stadträte im Zusammenwirken mit der zuständigen Bundesministerin auf, die dazu erforderlichen Maßnahmen – stärkere Anreize zur Beschäftigungsaufnahme, verbesserte Arbeitsvermittlung, effektivere Bildungs- und Ausbildungsprogramme – umzusetzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

22.06.2026

Unterzeichner*innen:

Sabine Keri (ÖVP); Harald Zierfuß (ÖVP); Hannes Taborsky (ÖVP)